

utb.

Reinhard Joachim Wabnitz

Rechtliche Grundlagen der Kindheitspädagogik und Familienbildung



Kindheitspädagogik
und Familienbildung

Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Wien · Köln · Weimar
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto
facultas · Wien
Wilhelm Fink · Paderborn
Narr Francke Attempto Verlag / expert verlag · Tübingen
Haupt Verlag · Bern
Verlag Julius Klinkhardt · Bad Heilbrunn
Mohr Siebeck · Tübingen
Ernst Reinhardt Verlag · München
Ferdinand Schöningh · Paderborn
transcript Verlag · Bielefeld
Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart
UVK Verlag · München
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen
Waxmann · Münster · New York
wbv Publikation · Bielefeld
Wochenschau Verlag · Frankfurt am Main

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Reinhard Joachim Wabnitz,
Assessor jur., Magister rer. publ., Ministerialdirektor
a. D., ist Professor für Rechtswissenschaft, insbesondere
Kinder- und Jugendhilferecht und Familienrecht,
an der Hochschule RheinMain.

Die Reihe Kindheitspädagogik und Familienbildung
wird herausgegeben von Rita Braches-Chyrek,
Irene Dittrich, Veronika Fischer und Elke Kruse.

Reinhard Joachim Wabnitz

Rechtliche Grundlagen der Kindheitspädagogik und Familienbildung

WOCHENSCHAU VERLAG

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Die Reihe Kindheitspädagogik und Familienbildung wird herausgegeben von Rita Braches-Chyrek, Irene Dittrich, Veronika Fischer und Elke Kruse.

Titel der Reihe:

Bd. 1: Theorien, Konzepte und Ansätze der Kindheitspädagogik

Bd. 2: Diversity in der Kindheitspädagogik und Familienbildung

Bd. 3: Familienbildung. Entstehung, Strukturen und Konzepte

Bd. 4: Rechtliche Grundlagen in der Kindheitspädagogik und Familienbildung

Bd. 5: Kindheitspädagogische Forschung (in Planung)

Bd. 6: Kommunikation – Sprache – Mehrsprachigkeit (in Planung)

Bd. 7: Von der Kindergärtnerin zur Kindheitspädagogin (in Planung)

Online-Angebote oder elektronische Ausgaben sind erhältlich unter www.utb-shop.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2021

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Printed in Germany
Satz: SATZstudio Josef Pieper, Bedburg-Hau
Einbandgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart
Umschlagmotiv: © picture alliance / dpa

utb-Band-Nr. 5710
ISBN 978-3-8252-5710-1 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-8385-5710-6 (PDF)

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	13
1. Recht und Gesetze für Kindheitspädagogik und Familienbildung	17
1.1 Rechtsnormen und Rechtsquellen im deutschen Recht	17
1.1.1 Charakteristika von Rechtsnormen	17
1.1.2 Zivilrecht und öffentliches Recht, objektives und subjektives Recht	18
1.1.3 Rechtsquellen, Hierarchie von Rechtsnormen ..	20
1.2 Gliederung, Zitierweise und Strukturen von Rechtsnormen	22
1.2.1 Gliederung von Rechtsnormen	22
1.2.2 Zitierweise von Rechtsnormen	22
1.2.3 Durchsetzbarkeit von Rechtsnormen	23
1.3 BGB, SGB VIII und andere wichtige Bundesgesetze ..	25
1.3.1 Das BGB	25
1.3.2 Das SGB VIII	26
1.3.3 Andere wichtige Bundesgesetze	26
2. Kinderrechte	29
2.1 Kinderrechte und Elternrechte nach dem Grundgesetz und den Landesverfassungen	29
2.1.1 Art. 1, 2 und 3 GG	29
2.1.2 Art. 6 und 7 GG	30
2.1.3 Landesverfassungen	32
2.2 Kinderrechte nach der UN-Kinderrechtskonvention und nach deutschen Bundes- und Landesgesetzen ...	33
2.2.1 UN-Kinderrechtskonvention	33

2.2.2	BGB, FamFG, SGB VIII und andere Bundesgesetze	34
2.2.3	Schulrecht der Länder	36
2.3	Kindeswohl und Kindeswille	38
2.3.1	Kindeswohl	38
2.3.2	Kindeswille	40
2.3.3	Bedeutung der Unterscheidung der Begriffe „Kindeswohl“ und „Kindeswille“	41
3.	Eltern, Kinder und Verwandtenunterhalt	43
3.1	Verwandtschaft, Mutterschaft und Vaterschaft	43
3.1.1	Verwandtschaft	43
3.1.2	Mutterschaft	44
3.1.3	Vaterschaft	44
3.2	Adoption	47
3.2.1	Materielle Zulässigkeitsvoraussetzungen	48
3.2.2	Einwilligungen	48
3.2.3	Wirkungen der Annahme als Kind	49
3.3	Verwandtenunterhalt	49
3.3.1	Wiederkehrende Fragestellungen beim Verwandtenunterhalt	50
3.3.2	Rangfolgen beim Verwandtenunterhalt	51
3.3.3	Art, Maß und Höhe des Verwandtenunterhalts	52
4.	Elterliche Sorge und Umgang	56
4.1	Begriff, Erwerb und wesentliche Inhalte der elterlichen Sorge	56
4.1.1	Begriff und Erwerb der elterlichen Sorge	56
4.1.2	Ausübung der elterlichen Sorge	57
4.1.3	Personensorge und Vermögenssorge	59
4.2	Gesetzliche Vertretung	61
4.2.1	Grundregelungen	61
4.2.2	(Teil)-„Selbstständigkeit“ des Kindes	62
4.2.3	Weitere Grenzen der gesetzlichen Vertretung.	63
4.3	Umgangsrechte und -pflichten	65
4.3.1	Umgangsrechte von Eltern und Kindern	65

4.3.2	Aufgaben des Familiengerichts	66
4.3.3	Umgangsrechte von anderen Bezugspersonen	67
5.	Besonderheiten im Bereich der elterlichen Sorge; Vormundschaft, Pflegerschaft, Beistandschaft	69
5.1	Elterliche Sorge nach Trennung und Scheidung	69
5.1.1	Gemeinsame elterliche Sorge nach Trennung und Scheidung	69
5.1.2	Angelegenheiten des täglichen Lebens und von erheblicher Bedeutung	69
5.1.3	Alleinsorge nach Trennung und Scheidung	71
5.2	Ruhen, Beendigung und Entzug der elterlichen Sorge	73
5.2.1	Ruhen der elterlichen Sorge	73
5.2.2	Beendigung der elterlichen Sorge	74
5.2.3	Entzug der elterlichen Sorge	74
5.3	Vormundschaft, Pflegerschaft, Beistandschaft	79
5.3.1	Vormundschaft	79
5.3.2	Pflegschaft	80
5.3.3	Beistandschaft	81
6.	Wesentliche Strukturprinzipien des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe)	83
6.1	Bundesrecht und Landesrecht	83
6.1.1	Bundesrecht	83
6.1.2	Landesrecht	86
6.1.3	Zur Entwicklung des Kinder- und Jugendhilferechts	87
6.2	Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe	88
6.2.1	Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	88
6.2.2	Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe	89
6.2.3	Objektive Rechtsverpflichtungen und subjektive Rechtsansprüche	90
6.3	Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, Jugendbehörden	91
6.3.1	Freie und öffentliche Jugendhilfe	91

6.3.2	Zusammenarbeit	92
6.3.3	Jugendbehörden	94
7.	Familienbildung	97
7.1	Regelungen im SGB VIII	97
7.1.1	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	97
7.1.2	Familienbildung aufgrund des SGB VIII	100
7.1.3	Ausgaben und pauschalisierte Kostenbeteiligung	101
7.2	Ergänzende Vorschriften des Landesrechts zum SGB VIII	102
7.2.1	Landesrecht im Bereich der Familienbildung ..	102
7.2.2	Ermächtigungen für eine Förderung aus dem Landeshaushalt	102
7.2.3	Explizite landesrechtliche Regelungen zur Familienbildung	103
7.3	Familienbildung nach den Weiterbildungs-/ Erwachsenenbildungsgesetzen	108
7.3.1	Förderung der Weiterbildung durch Bund, Länder und EU	108
7.3.2	Landesgesetze zur Förderung der Weiterbildung/Erwachsenenbildung	109
7.3.3	Familienbildung als expliziter Bestandteil der Landesgesetze zur Förderung der Weiterbildung/Erwachsenenbildung	111
8.	Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege .	114
8.1	Überblick, Aufgaben und Rechtsansprüche nach dem SGB VIII	114
8.1.1	Überblick	114
8.1.2	Aufgaben und Ziele der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege	116
8.1.3	Rechtsansprüche und objektiv-rechtliche Verpflichtungen	117

8.2	Förderangebote im Einzelnen	120
8.2.1	Förderung in Tageseinrichtungen für Kinder . .	120
8.2.2	Förderung in Kindertagespflege	122
8.2.3	Andere Förderangebote	124
8.3	Landesrecht	124
8.3.1	Regelungsinhalte des Landesrechts	124
8.3.2	Landesrechtliche Regelungen über Struktur und Organisation von Tageseinrichtungen für Kinder	128
8.3.3	Landesrechtliche Regelungen über die Finanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder	129
9.	Weitere Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	131
9.1	Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit	131
9.1.1	Leistungen und Strukturprinzipien der Kinder- und Jugendarbeit	131
9.1.2	Anbieter und inhaltliche Schwerpunkte von Kinder- und Jugendarbeit	133
9.1.3	Schulsozialarbeit	134
9.2	Hilfe zur Erziehung	135
9.2.1	Hilfe zur Erziehung als „klassische Einzelfallhilfe“ nach dem SGB VIII	135
9.2.2	Die Grundnorm der Hilfe zur Erziehung	137
9.2.3	Die Arten der Hilfe zur Erziehung	139
9.3	Eingliederungshilfe für behinderte Kinder und Jugendliche	141
9.3.1	Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche . .	141
9.3.2	Leistungen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	142
9.3.3	Leistungen für geistig und körperlich behinderte Kinder und Jugendliche	143

10. Kinderschutz – Prävention und Intervention	145
10.1 Regelungen des SGB VIII	145
10.1.1 Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung . . .	145
10.1.2 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen	147
10.1.3 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Kindertagespflege, Vollzeitpflege und in Einrichtungen	149
10.2 Weitere Schutzvorschriften nach Bundesrecht	151
10.2.1 Allgemeine Vorschriften des BGB	151
10.2.2 Entzug der elterlichen Sorge	151
10.2.3 Schutzvorschriften nach dem FamFG und weiteren Bundesgesetzen	152
10.3 Kinderschutz nach Landesrecht	153
10.3.1 Überblick über die Landeskinderschutz- gesetze	153
10.3.2 Ermächtigungen an Ärzte und andere Berufsgruppen zur Weitergabe von Informationen an das Jugendamt	154
10.3.3 Weitergabe von Informationen über eine Nicht-Teilnahme an Früherkennungs- untersuchungen	155
11. Aufsichtspflicht und Haftung	157
11.1 Entstehung der zivilrechtlichen Aufsichtspflicht	157
11.1.1 Gesetzliche Aufsichtspflichten	157
11.1.2 Vertragliche Aufsichtspflichten	158
11.1.3 Keine Gefälligkeitsaufsicht	158
11.2 Inhalt, Umfang und Verletzung der zivilrechtlichen Aufsichtspflicht	159
11.2.1 Inhalt der Aufsichtspflicht	159
11.2.2 Umfang der Aufsichtspflicht	161
11.2.3 Verletzung der Aufsichtspflicht	162
11.3 Strafrechtliche Aufsichtspflichten	164
11.3.1 Verletzung einer Fürsorge- und Aufsichtspflicht	164

11.3.2	Weitere relevante Straftatbestände	165
11.3.3	Strafrechtliche Garantenstellung und Beschützergarantie	166
12.	Wichtige Aspekte des Arbeitsrechts	170
12.1	Einführung in das Arbeitsrecht	170
12.1.1	Das Arbeitsrecht als ein besonderes Recht für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Arbeitgeber	170
12.1.2	Rechtsquellen des Arbeitsrechts	171
12.1.3	Staatliches und kirchliches Arbeitsrecht	173
12.2	Das Arbeitsverhältnis und der Arbeitsvertrag	174
12.2.1	Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	174
12.2.2	Der Abschluss des Arbeitsvertrages	176
12.2.3	Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses . . .	177
12.3	Pflichten und Haftung im Arbeitsverhältnis	178
12.3.1	Pflichten des Arbeitgebers	178
12.3.2	Pflichten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	179
12.3.3	Haftung im Arbeitsverhältnis	180
	Rechtsquellen	183
	Literaturverzeichnis	187

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Alt.	Alternative
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BVerfG
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BVerwG
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht

FK-SGB VIII	Frankfurter Kommentar zum SGB VIII (Münder/Meysen/Trenczek)
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GK-SGB VIII	Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII (Wabnitz/Fieseler/Schleicher)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HKJGB	Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch
i. V. m.	in Verbindung mit
JAmt	Das Jugendamt (Zeitschrift)
JGG	Jugendgerichtsgesetz
Jugendhilfe	Zeitschrift: Jugendhilfe
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KJSG	Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
KKG	Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LG	Landgericht
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LPK-SGB VIII	Lehr- und Praxiskommentar zum SGB VIII (Kunkel/Kepert/Pattar)
MDV	Mitteilungen des Vereins für öffentliche und private Fürsorge
MiLoG	Mindestlohngesetz
MuSchG	Mutterschutzgesetz
NJW	Neue juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue juristische Wochenschrift – Rechtspre- chungsreport
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PStG	Personenstandsgesetz
SchulG	Schulgesetz

SGB	Sozialgesetzbuch
SGB I	Erstes Buch SGB Allgemeiner Teil
SGB II	Zweites Buch SGB Grundsicherung für Arbeit- suchende
SGB III	Drittes Buch SGB Arbeitsförderung
SGB V	Fünftes Buch SGB Gesetzliche Krankenversi- cherung
SGB VIII	Achtes Buch SGB Kinder- und Jugendhilfe
SGB IX	Neuntes Buch SGB Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
SGB X	Zehntes Buch SGB Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
SGB XII	Zwölftes Buch SGB Sozialhilfe
StGB	Strafgesetzbuch
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
UhVorschG	Unterhaltsvorschussgesetz
UN-KRK	UN-Konvention über die Rechte des Kindes
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZPO	Zivilprozessordnung

1. Recht und Gesetze für Kindheitspädagogik und Familienbildung

Was hat Recht mit Kindheitspädagogik und Familienbildung zu tun? Viel mehr, als man zu Beginn des Studiums vielleicht gedacht hätte! Bei näherer Betrachtung wird nämlich schnell deutlich, dass ebenso wie Wirtschaft und Arbeitswelt, Umwelt und Gesellschaft auch Kindheitspädagogik und Familienbildung durch rechtliche Regelungen (mit-)geprägt und von ihnen durchdrungen sind. Deshalb wird in Kapitel 1 Basiswissen über Recht und Rechtsnormen vermittelt. Wenn dabei manches im „ersten Anlauf“ für Sie vielleicht etwas trocken anmuten könnte, seien Sie gewiss: Es handelt sich um ein lebens- und praxisnahes Arbeitsfeld und ist vielfach richtig spannend!

Beispiele: Sie wollen wissen, ob und in welchem Umfang und ab welchem Alter Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung haben. Die Antworten darauf finden Sie in § 24 SGB VIII. Oder: Für ein Beratungsangebot im Bereich der Familienbildung wollen Sie sich auch über die grundlegenden Vorschriften für das Verhältnis von Eltern und Kindern und die Rechte und Pflichten von Eltern im Bereich der Personensorge informieren; dies geht nicht ohne Kenntnis der §§ 1626 ff. BGB! Für solche und viele andere Fragestellungen finden Sie in diesem Buch Antworten und weiterführende Hinweise. Und in solche und viele andere Fragestellungen wird in Kapitel 1 mit zentralen Informationen und Begriffen zu Recht und Rechtsnormen eingeführt.

1.1 Rechtsnormen und Rechtsquellen im deutschen Recht

1.1.1 Charakteristika von Rechtsnormen

Die Rechtsordnung stellt eine „Sollensordnung“ mit Geboten und Verboten sowie mit Rechtsnormen für das menschliche Zusammenleben und die Organisation von Staat und Gesellschaft dar. Daneben gibt es Regeln, die nicht rechtlicher, sondern ethischer, religiöser oder moralischer Natur sind – bis hin zu Umgangsformen und

Fragen von Sitte und Anstand (Näheres bei Trenczek et al. 2018, Kapitel 1.1.1.2; Wabnitz 2020b, Kapitel 1.2.1).

Rechtsetzung durch Schaffung von Rechtsnormen mit allgemeiner Verbindlichkeit ist Aufgabe des **Staates**, dem insoweit ein **Rechtsetzungsmonopol** zukommt. „Staat“ kann dabei die Bundesrepublik Deutschland als Nationalstaat sein oder als Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU); oder eines der 16 deutschen Bundesländer, eine kommunale Gebietskörperschaft oder eine andere Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts. Von zunehmender allgemeiner Bedeutung ist zudem die Setzung von Rechtsnormen durch die EU, auf die hier wegen allerdings bislang nur geringer Relevanz für die Kindheitspädagogik und Familienbildung nicht näher eingegangen wird.

In den modernen demokratischen Staaten erfolgt die Setzung von Rechtsnormen zumeist aufgrund von Mehrheitsentscheidungen der vom Volk gewählten Abgeordneten in den Parlamenten. In Deutschland ist dies auf der Bundesebene der Deutsche Bundestag unter Mitwirkung des Bundesrates, in den Bundesländern sind dies die Landtage.

1.1.2 Zivilrecht und öffentliches Recht, objektives und subjektives Recht

Nun zu zwei im deutschen Recht besonders wichtigen Begriffspaa- ren: Zivilrecht und öffentliches Recht sowie objektives und subjektives Recht (dazu ausführlicher: Kievel et al. 2018, Kapitel 3 III; Wabnitz 2020b, Kapitel 2.2 und 2.4).

Die verschiedenen Gebiete des Rechts werden in Deutschland traditionell entweder dem Zivilrecht (Privatrecht) oder dem öffentlichen Recht zugeordnet. Das **Zivilrecht** (oder Privatrecht) regelt die Rechtsbeziehungen der Bürger untereinander, und zwar sowohl zwischen natürlichen Personen (Menschen) als auch juristischen Personen des Privatrechts. Das wichtigste Gesetz des deutschen Zivilrechts ist das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB).

Beispiele: Abschluss eines Kaufvertrages gemäß § 433 BGB durch eine(n) Studierende(n) hinsichtlich eines Buches von einem